

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Die Autoren	VI
Abkürzungsverzeichnis	XVII
ERSTES KAPITEL: ANWENDUNGSBEREICH DES UMWSTG 2006	1
A. Verhältnis des UmwStG 2006 zum UmwStG 1995	1
I. Begrenzte Weitergeltung des UmwStG 1995	1
B. Ertragsteuerliche Beurteilung von Umwandlungen und Einbringungen	1
I. Umwandlungsvorgänge als Veräußerungs- und Anschaffungsvorgänge	1
1. Allgemeines – Die Abkehr von der Gesamtnachfolgethese	1
2. Ausnahmen	1
3. Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung	1
4. Veräußerung auf Ebene des Anteilseigners	2
5. Anwendung des § 17 Abs. 4 EStG bei einer Umwandlung einer Körperschaft in bzw. auf eine Personengesellschaft	2
ZWEITES KAPITEL: STEUERLICHE FOLGEN VON UMWANDLUNGEN UND EINBRINGUNGEN NACH DEM UMWSTG	3
Erster Teil: Allgemeine Vorschriften	3
A. Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen (§ 1 UmwStG)	3
I. Sachlicher Anwendungsbereich	4
1. Zweiter bis Fünfter Teil (§ 1 Abs. 1 UmwStG)	4
2. Sechster bis Achter Teil (§ 1 Abs. 3 UmwStG)	10
II. Persönlicher Anwendungsbereich	11
1. Zweiter bis Fünfter Teil (§ 1 Abs. 2 UmwStG)	11
2. Sechster bis Achter Teil (§ 1 Abs. 4 UmwStG)	13
III. Begriffsbestimmungen	16
B. Steuerliche Rückwirkung (§ 2 UmwStG)	16
I. Steuerlicher Übertragungstichtag	16
1. Inländische Umwandlungen	16
2. Vergleichbare ausländische Vorgänge	17
II. Steuerliche Rückwirkung – Anwendung des § 2 UmwStG in Umwandlungsvorgängen	17
1. Rückwirkungsfiktion	17
2. Aber: Rückwirkungsfiktion beim übernehmenden Anteilseigner	20
3. Steuerliche Behandlung von Gewinnausschüttungen im Rückwirkungszeitraum	20
4. Sondervergütungen bei Umwandlung in eine Personengesellschaft	21
5. Aufsichtsratsvergütungen im Rückwirkungszeitraum	21
6. Vermeidung der Nichtbesteuerung	22
Zweiter Teil: Vermögensübergang bei Verschmelzung auf eine Personengesellschaft oder auf eine natürliche Person und Formwechsel einer Kapitalgesellschaft in eine Personengesellschaft	28
A. Wertansätze in der steuerlichen Schlussbilanz der übertragenden Körperschaft (§ 3 UmwStG)	28
I. Pflicht zur Abgabe einer steuerlichen Schlussbilanz	32
1. Das Ansatzwahlrecht – Fallgruppen	32
2. Ausübung des Wahlrechts	32

3.	Übergangsregelung.	32
4.	Problemfeld grenzüberschreitende Umwandlung	33
5.	Einzelheiten des Antragswahlrechts	33
II.	Ansatz und Bewertung der übergehenden Wirtschaftsgüter	33
1.	Ansatz der übergehenden Wirtschaftsgüter dem Grunde nach	33
2.	Ansatz der übergehenden Wirtschaftsgüter der Höhe nach.	35
3.	Fiktive Körperschaftsteueranrechnung nach § 3 Abs. 3 UmwStG.	44
B.	Auswirkungen auf den Gewinn des übernehmenden Rechtsträgers (§ 4 UmwStG)	45
I.	Wertverknüpfung.	46
II.	Erweiterte Wertaufholung – Beteiligungskorrekturgewinn.	46
III.	Eintritt in die steuerliche Rechtsstellung (§ 4 Abs. 2 UmwStG)	47
1.	Abschreibung	47
2.	Verlustabzug bei Auslandsbetriebsstätten	48
3.	Besonderheiten bei Unterstützungskassen (§ 4 Abs. 2 Satz 4 UmwStG)	48
4.	Sonstige Folgen der Rechtsnachfolge	49
IV.	Übernahmeergebnis	50
1.	Zuordnung der Anteile zum Betriebsvermögen des übernehmenden Rechtsträgers.	50
2.	Personen- sowie ggf. anteilsbezogene Ermittlung	51
3.	Ausländische Anteilseigner.	51
4.	Anteile, die nicht dem Betriebsvermögen des übernehmenden Rechtsträgers zuzurechnen sind	51
5.	Entstehungszeitpunkt.	51
6.	Ermittlung des Übernahmeergebnisses	52
7.	Wert, mit dem die übergegangenen Wirtschaftsgüter zu übernehmen sind	52
8.	Zuschlag für neutrales Vermögen (Auslandsvermögen)	52
9.	Anteile an der übertragenden Körperschaft	53
10.	Kosten des Vermögensübergangs.	53
V.	Fremdfinanzierte Anteile an der übertragenden Körperschaft.	54
VI.	Weitere Korrekturen gem. § 4 Abs. 5 UmwStG	54
1.	Sperrbetrag i.S.d. § 50c EStG	54
2.	Übernahmeergebnis und Dividendenanteil	54
VII.	Ermittlung des Übernahmeergebnisses bei negativem Buchwert des Vermögens der übertragenden Körperschaft (überschuldete Gesellschaft)	55
VIII.	Berücksichtigung eines Übernahmeverlustes (§ 4 Abs. 6 UmwStG) bzw. Übernahmegewinns (§ 4 Abs. 7 UmwStG)	55
C.	Besteuerung der Anteilseigner der übertragenden Körperschaft (§ 5 UmwStG)	55
I.	Anschaffung und Barabfindung nach dem steuerlichen Übertragungsstichtag (§ 5 Abs. 1 UmwStG)	56
II.	Anteilseignerwechsel im Rückwirkungszeitraum.	56
III.	Einlage- und Überführungsfiktion (§ 5 Abs. 2 und 3 UmwStG)	56
1.	Einlagefiktion nach § 5 Abs. 2 UmwStG.	56
2.	Überführungsfiktion nach § 5 Abs. 3 UmwStG.	57
IV.	Übergangsregelung für einbringungsgeborene Anteile nach § 27 Abs. 3 Nr. 1 UmwStG	57
D.	Gewinnerhöhung durch Vereinigung von Forderungen und Verbindlichkeiten (§ 6 UmwStG)	57
I.	Entstehung des Übernahmefolgegewinns oder -verlusts aus dem Vermögensübergang	58
II.	Besteuerung des Übernahmefolgegewinns/-verlusts	58
III.	Umgekehrte Maßgeblichkeit.	58

IV. Pensionsrückstellungen zugunsten eines Gesellschafters der übertragenden Kapitalgesellschaft	59
1. Behandlung bei der Körperschaft.	59
2. Behandlung beim Übernehmer	59
V. Missbrauchsklausel.	60
1. Vorbemerkung	60
2. Der Betriebsbegriff der Finanzverwaltung	60
3. Die Fristberechnung	60
4. Schädliche und unschädliche Fälle	60
5. Rechtsfolgen.	61
E. Besteuerung offener Rücklagen (§ 7 UmwStG)	61
I. Sachlicher und persönlicher Anwendungsbereich	61
II. Anteiliges Eigenkapital	62
III. Zurechnung der Einkünfte	63
IV. Besteuerung und Zufluss der Einkünfte	63
V. Kapitalertragsteuerabzug	64
F. Vermögensübergang auf einen Rechtsträger ohne Betriebsvermögen (§ 8 UmwStG)	64
G. Formwechsel in eine Personengesellschaft (§ 9 UmwStG)	65
H. Körperschaftsteuererhöhung (§ 10 UmwStG)	65
Dritter Teil: Verschmelzung oder Vermögensübertragung (Vollübertragung) auf eine andere Körperschaft	66
A. Wertansätze in der steuerlichen Schlussbilanz der übertragenden Körperschaft (§ 11 UmwStG)	66
I. Sachlicher Anwendungsbereich	66
1. Abwärtsverschmelzung.	66
2. Verschmelzung unter Beteiligung einer Kapitalgesellschaft & atypisch still oder einer KGaA	66
II. Pflicht zur Abgabe einer steuerlichen Schlussbilanz	66
III. Ansatz und Bewertung der übergehenden Wirtschaftsgüter	67
1. Ansatz der übergehenden Wirtschaftsgüter dem Grunde nach	67
2. Ansatz der übergehenden Wirtschaftsgüter der Höhe nach	67
3. Fiktive Körperschaftsteueranrechnung nach § 11 Abs. 3 i.V.m. § 3 Abs. 3 UmwStG	72
IV. Vermögensübertragung nach §§ 174 ff. UmwG gegen Gewährung einer Gegenleistung an die Anteilsinhaber des übertragenden Rechtsträgers	72
V. Landesrechtliche Vorschriften zur Vereinigung öffentlich-rechtlicher Kreditinstitute oder öffentlich-rechtlicher Versicherungsunternehmen	72
VI. Beteiligung der übertragenden Kapitalgesellschaft an der übernehmenden Kapitalgesellschaft (Abwärtsverschmelzung)	73
1. Beteiligungskorrekturgewinn bei Abwärtsverschmelzung	73
2. Direkterwerb oder Durchgangserwerb	73
3. Abwärtsverschmelzung und Sicherstellung der Besteuerung	74
B. Auswirkungen auf den Gewinn der übernehmenden Körperschaft (§ 12 UmwStG)	75
I. Wertverknüpfung	75
II. Erweiterte Wertaufholung – Beteiligungskorrekturgewinn	75
III. Eintritt in die steuerliche Rechtsstellung	76
IV. Übernahmeergebnis	76
1. Ermittlung des Übernahmeergebnisses.	76
2. Anwendung des § 8b KStG	77
3. Organgesellschaft als Übernehmerin	77

V. Sinngemäße Anwendung von § 6 UmwStG	77
VI. Vermögensübergang in den nicht steuerpflichtigen Bereich oder steuerbefreiten Bereich	77
C. Besteuerung der Anteilseigner der übertragenden Körperschaft (§ 13 UmwStG)	78
I. Anwendungsbereich	78
1. Abgrenzung zu § 20 Abs. 4a EStG	78
2. Anwendung bei Abwärts-, Aufwärts- und Seitwärtsverschmelzung	78
3. Gewährung von baren Zuzahlungen	79
4. Nichtverhältnismäßige Verschmelzung	79
5. Anwendung des § 13 UmwStG in den Fällen des § 12 Abs. 2 KStG	79
II. Veräußerungs- und Anschaffungsfiktion zum gemeinen Wert	80
III. Ansatz der Anteile mit dem Buchwert oder den Anschaffungskosten	80
1. Voraussetzungen für den Buchwertansatz	80
2. Antrag	80
3. Rechtsfolgen	81
IV. Gewährung von Mitgliedschaftsrechten	82
Vierter Teil: Aufspaltung, Abspaltung und Vermögensübertragung (Teilübertragung)	83
A. Aufspaltung, Abspaltung und Teilübertragung auf andere Körperschaften (§ 15 UmwStG)	83
I. Teilbetriebsvoraussetzung des § 15 Abs. 1 UmwStG	83
1. Begriff des Teilbetriebs	83
2. Mitunternehmeranteil	86
3. 100 %-Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft	87
4. Übertragung eines Teilbetriebs	87
5. Fehlen der Teilbetriebsvoraussetzung	89
II. Steuerliche Schlussbilanz und Bewertungswahlrecht	90
1. Rechtsfolgen bei der übertragenden Körperschaft	90
2. Rechtsfolgen bei der übernehmenden Körperschaft	90
3. Rechtsfolgen beim Anteilseigner der übertragenden Körperschaft	91
III. Anwendung des § 15 Abs. 2 UmwStG	91
1. Erwerb und Aufstockung i.S.d. § 15 Abs. 2 Satz 1 UmwStG	91
2. Veräußerung und Vorbereitung der Veräußerung (§ 15 Abs. 2 Satz 2 bis 4 UmwStG)	93
3. Außenstehende Personen	95
4. Veräußerungssperre des § 15 Abs. 2 Satz 4 UmwStG	96
5. Trennung von Gesellschafterstämmen (§ 15 Abs. 2 Satz 5 UmwStG)	98
IV. Kürzung verrechenbarer Verluste, verbleibender Verlustvorträge, nicht ausgeglichener negativer Einkünfte, eines Zinsvortrags und eines EBITDA-Vortrags (§ 15 Abs. 3 UmwStG)	99
V. Aufteilung der Buchwerte der Anteile gem. § 13 UmwStG in den Fällen der Spaltung	99
VI. Umwandlungen mit Wertverschiebungen zwischen den Anteilseignern	99
B. Aufspaltung oder Abspaltung auf eine Personengesellschaft (§ 16 UmwStG)	100
I. Entsprechende Anwendung des § 15 UmwStG	100
II. Anwendbarkeit des § 3 Abs. 2 UmwStG	100
III. Verrechenbare Verluste, verbleibende Verlustvorträge, nicht ausgeglichene negative Einkünfte, Zinsvorträge und EBITDA-Vorträge	100
IV. Investitionsabzugsbetrag nach § 7g EStG	100
Fünfter Teil: Gewerbesteuer	101
A. Gewerbesteuer bei Vermögensübergang auf eine Personengesellschaft oder auf eine natürliche Person sowie bei Formwechsel in eine Personengesellschaft (§ 18 UmwStG)	101

I. Geltung der §§ 3 bis 9 und 16 UmwStG für die Ermittlung des Gewerbeertrags (§ 18 Abs. 1 UmwStG)	101
II. Übernahmegewinn, Übernahmeverlust sowie Bezüge i.S.d. § 7 UmwStG (§ 18 Abs. 2 UmwStG)	101
III. Missbrauchstatbestand des § 18 Abs. 3 UmwStG	102
1. Begriff der Veräußerung und Aufgabe	102
2. Aufgabegewinn oder Veräußerungsgewinn	103
3. Übergang auf Rechtsträger, der nicht gewerbesteuerpflichtig ist.	104
B. Gewerbesteuer bei Vermögensübergang auf eine andere Körperschaft (§ 19 UmwStG)	104
Sechster Teil: Einbringung von Unternehmensteilen in eine Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft und Anteilstausch.	105
A. „Grundkonzeption der Einbringung nach §§ 20 ff. UmwStG“	105
I. „Allgemeines“ (Rn. E 20.01)	105
1. Neuregelung der Einbringungsvorschriften.	105
2. Einbringung als Betriebsveräußerung.	106
3. Fortgeltung des Rechts der einbringungsgeborenen Anteile i.S.d. § 21 UmwStG 1995.	106
II. Neues „Grundkonzept“ der Besteuerung von Einbringungssachverhalten (Rn. E 20.02–E 20.08)	107
1. Einbringung von Unternehmen (steilen), „Sacheinlage“ (Rn. E 20.03–E 20.05)	107
2. „Anteilstausch“ (Rn. E 20.06–E 20.08)	108
III. „Gewährung neuer Anteile, Gewährung anderer Wirtschaftsgüter“ (Rn. E 20.09–E 20.11)	110
1. Erfordernis der Ausgabe neuer Anteile an der Übernehmerin (Rn. E 20.10–E 20.11)	110
2. Keine Steuervergünstigung bei Einbringung ohne neue Anteile an der Übernehmerin (Rn. E 20.10)	111
3. Gewährung zusätzlicher Gegenleistungen neben den Gesellschaftsrechten (Rn. E 20.11)	111
IV. Regelungsbereich und verbindliche Auskünfte	112
1. Vom UmwStG erfasste Steuerarten.	112
2. Verbindliche Auskünfte über Einbringungssachverhalte	113
B. „Einbringung von Unternehmensteilen in eine Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft (§ 20 UmwStG)“	114
I. „Anwendungsbereich (§ 20 Abs. 1, 5, 6 UmwStG)“ (Rn. 20.01–20.16)	114
1. Grundsätze	114
2. „Beteiligte der Einbringung“ (Rn. 20.02–20.04)	115
3. „Gegenstand der Einbringung“ (Rn. 20.05–20.12)	117
4. Übrige Tatbestandsvoraussetzungen des Einbringungsvorgangs i.S.d. § 20 Abs. 1 UmwStG	127
5. „Zeitpunkt der Einbringung (§ 20 Abs. 5, 6 UmwStG)“, Rn. 20.13–20.16	128
II. „Bewertung durch die übernehmende Gesellschaft (§ 20 Abs. 2 UmwStG)“, Rn. 20.17–20.24.	130
1. Regelbewertung und Bewertungsobergrenze mit dem gemeinen Wert	130
2. Minderbewertung mit dem Buchwert oder einem Zwischenwert	130
3. „Verhältnis zum Handelsrecht (§ 20 Abs. 2 UmwStG, § 5 Abs. 1 EStG)“ Rn. 20.20.	131
4. „Ausübung des Wahlrechts, Bindung, Bilanzberichtigung“ (Rn. 20.21–20.24)	131
III. „Besteuerung des Einbringungsgewinns (§ 20 Abs. 3 bis 5 UmwStG)“, Rn. 20.25–20.27	133
1. Grundlagen	133
2. Besteuerung des Einbringungsgewinns bei der Einkommensteuer	134
3. Besteuerung des Einbringungsgewinns bei der Körperschaftsteuer.	135

4.	Gewerbesteuerliche Behandlung des Einbringungsgewinns	135
IV.	„Besonderheiten bei Pensionszusagen zugunsten von einbringenden Mitunternehmern“ (Rn. 20.28–20.33)	137
1.	Grundsätze	137
2.	Umwandlung einer Personengesellschaft mit Inanspruchnahme der Übergangsregelung zur Behandlung der Pensionszusage	137
3.	Umwandlung einer Personengesellschaft mit einer Pensionsrückstellung in der steuerlichen Schlussbilanz	138
V.	„Besonderheiten bei grenzüberschreitenden Einbringungen“ (Rn. 20.34–20.37)	138
1.	„Anschaffungskosten der erhaltenen Anteile“ – Einbringung von im Inland nicht steuerverstrickten Betriebsvermögen	138
2.	Anrechnung ausländischer Steuern bei Einbringung einer Betriebsstätte (§ 20 Abs. 7 UmwStG)	139
3.	Anrechnung ausländischer Steuern bei Einbringung mit steuerlich transparenten Auslands Gesellschaften (§ 20 Abs. 8 UmwStG)	139
VI.	„Besonderheiten bei der Einbringung einbringungsgeborener Anteile“ (Rn. 20.38–20.41)	140
C.	Bewertung der Anteile beim Anteilstausch (§ 21 UmwStG)	140
I.	„Allgemeines“ (Rn. 21.01–21.02)	140
II.	„Persönlicher Anwendungsbereich“ (Rn. 21.03–21.06)	141
1.	„Einbringender“	141
2.	„Übernehmende Gesellschaft (§ 21 Abs. 1 S. 1 UmwStG)“	141
3.	„Erworbene Gesellschaft (§ 21 Abs. 1 S. 1 UmwStG)“	141
III.	„Bewertung der eingebrachten Anteile bei der übernehmenden Gesellschaft“ (Rn. 21.07–21.12)	141
1.	Tatbestand des Anteilstauschs	141
2.	Ansatz des gemeinen Werts	142
3.	„Bewertungswahlrecht beim qualifizierten Anteilstausch“ (§ 21 Abs. 1 S. 2 UmwStG, Rn. 21.09–21.12)	142
IV.	„Ermittlung des Veräußerungspreises der eingebrachten Anteile und des Wertansatzes der erhaltenen Anteile beim Einbringenden“, Rn. 21.13–21.15)	143
1.	Grundsatz: Maßgebender Wertansatz bei der Übernehmerin	143
2.	Ausnahme bei Einschränkung des Besteuerungsrechts und Rückausnahme (§ 21 Abs. 2 S. 2 und 3 UmwStG)	144
V.	„Besteuerung des aus dem Anteilstausch resultierenden Gewinns beim Einbringenden“, Rn. 21.16	145
VI.	„Steuerlicher Übertragungsstichtag (Einbringungszeitpunkt)“, Rn. 21.17	145
VII.	Aus dem Anteilstausch erhaltene Anteile	145
D.	Besteuerung des Anteilseigners (§ 22 UmwStG)	146
I.	„Allgemeines“ (Rn. 22.01–22.06)	146
1.	Grundlagen	146
2.	Veräußerung durch den Einbringenden	146
3.	Veräußerung nur eines Teils der sperrfristbehafteten Anteile – Identifizierbarkeit	147
II.	„Rückwirkende Besteuerung des Einbringungsgewinns (§ 22 Abs. 1 und 2 UmwStG)“ Rn. 22.07–22.17	148
1.	„Sacheinlage (§ 22 Abs. 1 UmwStG)“, Rn. 22.07–22.11	148
2.	„Anteilstausch und Miteinbringung von Anteilen an Kapitalgesellschaften oder Genossenschaften bei Sacheinlage (§ 22 Abs. 2 UmwStG)“, Rn. 22.12–22.17	150

III. „Die die rückwirkende Einbringungsgewinnbesteuerung auslösenden Ereignisse i.S.d. § 22 Abs. 1 S. 6 i.V.m. Abs. 2 S. 6 UmwStG“, Rn. 22.18–22.27	151
1. Unentgeltliche Übertragung der sperrfristverhafteten Anteile (§ 22 Abs. 1/2 S. 6 Nr. 1 UmwStG)	151
2. Entgeltliche Übertragung – Weiterbringung der Anteile (§ 22 Abs. 1/2 S. 6 Nr. 2, 4 und 5 UmwStG)	151
3. Auflösung der Übernehmerin, Kapitalherabsetzung oder Einlagenrückgewähr (§ 22 Abs. 1/2 S. 6 Nr. 3 UmwStG)	152
4. Wegfall der Ansässigkeitsvoraussetzungen (§ 22 Abs. 1 S. 6 Nr. 6 und Abs. 2 S. 6, 2. Alternative UmwStG)	154
IV. „Nachweispflichten (§ 22 Abs. 3 UmwStG)“, Rn. 22.28–22.33	154
1. Nachweiserbringung	154
2. Rechtsfolgen	155
V. „Juristische Person der öffentlichen Rechts und von der Körperschaftsteuer befreite Körperschaften als Einbringende (§ 22 Abs. 4 UmwStG)“, Rn. 22.34–22.37	156
VI. „Bescheinigung des Einbringungsgewinns und der darauf entfallenden Steuer (§ 22 Abs. 5 UmwStG)“, Rn. 22.38–22.40	156
VII. „Unentgeltliche Rechtsnachfolge (§ 22 Abs. 6 UmwStG)“, Rn. 22.41–22.42	156
VIII. „Verlagerung stiller Reserven auf andere Gesellschaftsanteile (§ 22 Abs. 7 UmwStG, Mitverstrickung von Anteilen)“, Rn. 22.43–22.46	157
E. Auswirkungen bei der übernehmenden Gesellschaft (§ 23 UmwStG)	157
I. „Allgemeines“ (Rn. 23.01–23.04)	157
1. Einbringungskosten (insbesondere Grunderwerbsteuer)	157
2. Verlustverwertung	158
3. Einbringungsfolgegewinn	159
II. „Buchwert- oder Zwischenwertansatz“ (§ 23 Abs. 1 UmwStG, Rn. 23.05–23.06)	159
1. Regelungsbereich des § 23 Abs. 1 UmwStG	159
2. Anwendung des § 23 Abs. 1 UmwStG auf den Anteilstausch	160
3. Buchwertansatz – Zwischenwertansatz	160
4. Steuerliche Rechtsnachfolge	161
5. Besitzzeitanrechnung	162
III. „Besonderheiten in den Fällen der rückwirkenden Besteuerung des Einbringungsgewinns“ (§ 23 Abs. 2 UmwStG, Rn. 23.07–23.13)	163
1. Inhalt und Zweck der Buchwertaufstockung	163
2. „Sacheinlage ohne mit eingebrachte Anteile“ (Rn. 23.07–23.10 und 23.12.–23.13)	163
3. „Anteilstausch und Miteinbringung von Anteilen im Rahmen einer Sacheinlage“ (Rn. 23.11–23.13)	166
IV. „Besonderheiten beim Zwischenwertansatz (§ 23 Abs. 3 UmwStG)“, Rn. 23.14–23.16	166
1. Zwischenwertansatz	166
2. Steuerliche Rechtsnachfolge (Rn. 23.15)	166
3. Besitzzeitanrechnung	167
4. Buchwertaufstockung gem. § 23 Abs. 2 UmwStG (Rn. 23.16)	167
V. „Ansatz des gemeinen Werts (§ 23 Abs. 4 UmwStG)“, Rn. 23.17–23.21	167
1. Bewertung der Sacheinlage zum gemeinen Wert	167
2. Einbringung im Wege der Einzel- oder Gesamtrechtsnachfolge?	168
3. Anschaffungsprinzip bei Einbringung durch Einzelübertragung	168
4. Steuerliche Rechtsnachfolge bei Einbringung durch Umwandlung	169
VI. Auswirkungen der Einbringung auf Nachversteuerungstatbestände	169
1. „Verlustabzug bei Auslandsbetriebsstätten“ (Rn. 23.22)	169

2. Weitere Nachversteuerungstatbestände	169
---	-----

**Siebter Teil: Einbringung eines Betriebs, Teilbetriebs oder Mitunternehmeranteils
in eine Personengesellschaft (§ 24 UmwStG)** 171

A. „Allgemeines“ (Rn. 24.01–24.06)	171
I. Allgemeines	171
II. Sachlicher Anwendungsbereich – Arten der Einbringung gem. § 24 Abs. 1 UmwStG	171
III. Ausschluss der Einbringung nach § 24 Abs. 1 UmwStG	172
IV. Tatbestand der Einbringung	172
1. Begünstigter Einbringungsgegenstand	172
2. Persönlicher Anwendungsbereich (Einbringender – aufnehmende Personengesellschaft)	173
3. „Einbringen“ der begünstigten Sacheinlage	173
4. Gegenleistung für die Einbringung der Sacheinlage: Gewährung oder Erweiterung einer Mitunternehmerstellung	174
V. Bewertung des eingebrachten Betriebsvermögens (Rn. 24.03–24.04)	174
1. Bewertungswahlrecht (Antrag, Bilanzen)	174
2. Zwischenwertansatz	175
3. Einschränkungen des Bewertungswahlrechts	175
VI. Besteuerung des Einbringungsgewinns (Rn. 24.03)	175
VII. Weitere Besteuerung des eingebrachten Betriebsvermögens bei der übernehmenden Personengesellschaft (Rn. 24.03)	176
VIII. Rückbeziehung der Einbringung nach § 24 Abs. 4 UmwStG (Rn. 24.06)	176
B. „Einbringung gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten“ (Rn. 24.07–24.12)	177
I. Gegenleistung: Gewährung oder Erweiterung von Gesellschaftsrechten	177
II. Einräumung von Gesellschaftsrechten	177
III. Einbringung gegen Mischentgelt	178
IV. „Einbringung mit Zuzahlung zu Buchwerten“ (Rn. 24.08–24.11)	178
1. Zuzahlung in das Vermögen des Einbringenden	178
2. Besteuerung des Gewinns aus einer Zuzahlung	179
V. „Einbringung mit Zuzahlung zu gemeinen Werten“ (Rn. 24.12)	180
C. „Ergänzungsbilanzen“ (Rn. 24.13–24.14)	180
I. Bildung von Ergänzungsbilanzen anlässlich der Einbringung	180
II. Weitere Behandlung der Ergänzungsbilanzen bei der übernehmenden Gesellschaft	180
D. „Anwendung der §§ 16, 34 EStG bei Einbringung zum gemeinen Wert“ (Rn. 24.14–24.16)	181
I. Grundsatz: Steuervergünstigungen für den Einbringungsgewinn bei der Einkommensteuer	181
II. Ausnahmen	181
III. Gewerbesteuer	182
E. „Besonderheiten bei der Einbringung von Anteilen an Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen (§ 24 Abs. 5 UmwStG)“ (Rn. 24.18–24.33)	182
I. Allgemeines	182
II. Übersicht über die Regelung in § 24 Abs. 5 UmwStG	183
III. Anwendungsbereich des § 24 Abs. 5 UmwStG (Tatbestand)	183
1. Im eingebrachten Betriebsvermögen enthaltene Anteile	183
2. „Einbringung durch nicht nach § 8b Abs. 2 KStG begünstigte Personen“	184
3. „Veräußerung und gleichgestellte Ereignisse der Weiterübertragung“	184
4. Nachweispflichten hinsichtlich der „sperrfristverhafteten“ Anteile	184
IV. Regelungsbereich des § 24 Abs. 5 UmwStG (Rechtsfolgen)	185

Achter Teil: Formwechsel einer Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft (§ 25 UmwStG)	186
I. Tatbestand des von § 25 UmwStG erfassten Formwechsels (Rn. 25.01)	186
1. Formwechsel als Sacheinlage i.S.d. § 20 Abs. 1 UmwStG	186
2. Formwechsel einer Personengesellschaft als Anteilstausch i.S.d. § 21 UmwStG	186
II. Weitere Voraussetzungen und Rechtsfolgen zum Formwechsel	187
1. Regelungen im UmwStE	187
2. Offene Fragen	187
 Neunter Teil: Verhinderung von Missbräuchen (§ 26 UmwStG)	189
 Zehnter Teil: Anwendungsvorschriften und Ermächtigung	190
A. Allgemeines	190
I. Erstmalige Anwendung des UmwStG i.d.F. des SEStEG	190
II. Letztmalige Anwendung des UmwStG 1995	190
B. Veräußerung der auf einer Sacheinlage beruhenden (einbringungsgeborenen) Anteile (Rn. 27.03–27.07)	190
I. Behandlung einbringungsgeborener Anteile ab Inkrafttreten des UmwStG i.d.F. des SEStEG	190
II. Einbringungsgeborene Anteile als Bestandteil einer Einbringung nach UmwStG i.d.F. des SEStEG	191
C. Veräußerung der auf einem Anteilstausch beruhenden (einbringungsgeborenen) Anteile (Rn. 27.08–27.11)	193
I. Behandlung einbringungsgeborener Anteile ab Inkrafttreten des UmwStG i.d.F. des SEStEG	193
II. Weitereinbringung der einbringungsgeborenen Anteile im Rahmen eines Anteilstauschs gem. § 21 UmwStG i.d.F. des SEStEG	193
D. Wechselwirkung zwischen altem und neuem Recht (Rn. 27.12)	194
E. Spezialregelung für die Veräußerung einbringungsgeborener Anteile gem. § 21 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 UmwStG 1995 (Rn. 27.13)	195
F. Sonstige Anwendungsbestimmungen (Rn. S.01–S.08)	195
I. Erstmalige Anwendung des Umwandlungssteuererlasses 2011 (Rn. S.01)	195
II. Übergangsregelungen (Rn. S.02–S.07)	195
III. Aufhebung vom BMF-Schreiben (Rn. S.08)	197
 Elfter Teil: Besonderer Teil zum UmwStG	198
A. Auswirkungen der Umwandlung auf eine Organschaft	198
I. Organträger als übertragender bzw. umzuwandelnder Rechtsträger	198
1. Verschmelzung des Organträgers	198
2. Auf- und Abspaltung, Ausgliederung	200
3. Formwechsel des Organträgers	201
4. Mindestlaufzeit und vorzeitige Beendigung des Gewinnabführungsvertrags	201
5. Begründung einer Organschaft zum übernehmenden Rechtsträger nach Einbringung i.S.d. § 20 UmwStG	201
6. Begründung einer Organschaft nach Anteilstausch i.S.d. § 21 UmwStG	202
7. Anwachsung bei einer Organträger-Personengesellschaft	203
8. Zurechnung des Organeinkommens bei Umwandlung des Organträgers	204
II. Organträger als übernehmender Rechtsträger	204
III. Organgesellschaft als übertragender bzw. umzuwandelnder Rechtsträger	204

1. Verschmelzung auf eine andere Gesellschaft	204
2. Auf- und Abspaltung und Ausgliederung	205
3. Formwechsel	206
4. Vorzeitige Beendigung des Gewinnabführungsvertrags	206
5. Übertragungsgewinn bzw. -verlust und Gewinnabführungsvertrag	206
6. Mehr- und Minderabführung in Einbringungsfällen durch die Organgesellschaft	206
IV. Organgesellschaft als übernehmender Rechtsträger	207
1. Fortgeltung der Organschaft	207
2. Übernahmegewinn bzw. -verlust und Gewinnabführungsvertrag	207
3. Mehr- und Minderabführungen	207
B. Auswirkungen auf das steuerliche Einlagekonto und den Sonderausweis	209
I. Übersicht	209
II. Anwendung des § 29 KStG	211
1. Sachlicher Anwendungsbereich	211
2. Behandlung bei der übertragenden Körperschaft	211
3. Behandlung bei der übernehmenden Körperschaft	212
4. Aufteilungsschlüssel bei Auf- und Abspaltung	214
5. § 29 Abs. 5 und Abs. 6 KStG	214
Stichwortverzeichnis	216